

Pressefrei ab 17.00 Uhr  
Es gilt das gesprochene Wort

**Rede des Ersten Beigeordneten und  
Stadtkämmerers Peter Wapelhorst  
zur Einbringung des Etats 2021  
anlässlich der Sitzung des Rates der Stadt Soest am  
25. November 2021**

---

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Ruthemeyer,  
meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates,

zunächst einmal heiße ich die neuen Ratsmitglieder in unseren Reihen ganz herzlich willkommen. Für die meisten von Ihnen ist der Haushalt der Stadt vermutlich noch ein Buch mit sieben Siegeln. Um das zu ändern, möchten wir Ihnen die Grundzüge am 09.12. in einem ca. 2-stündigen Seminar im Rathaus 2 erläutern und ich hoffe, dass Sie dieses Angebot intensiv nutzen. Natürlich sind auch schon altgediente Ratsmitglieder hierzu eingeladen, auch wenn ich davon ausgehe, dass Sie dort wenig Neues erfahren werden.

Im Laufe der Jahre hat sich eine bestimmte Reihenfolge entwickelt, in der ich die Dinge hier vorstelle. So schaue ich erst auf die Haushaltsentwicklung des laufenden Jahres, stelle dann in einem zweiten Block für 2021 die besonderen Einnahme- und Ausgabepositionen dar und komme dabei auch auf besondere Entwicklungen oder Themen zu sprechen. Und bevor ich den Ausblick in die Folgejahre wage, gehe ich noch auf Investitionen ein. So möchte ich es auch in diesem Jahre halten.

Bei meinen Ausführungen möchte ich diesmal ausdrücklich die 5 Themen aufgreifen und ausführen, die der Bürgermeister in der konstituierenden Ratssitzung in den besonderen Fokus unseres Handelns gestellt hat:

- Bewältigung der Corona-Krise,
- Klimaneutrale Smart-City,
- Zukunftsfähigkeit unseres Klinikums,
- Den Soester Süden zu stärken und
- DiLAS als Zukunftsprojekt.

Auch auf die Realsteuern und ihrer Entwicklung werde ich eingehen. Zwar habe ich zunächst für 2021 hier keine Erhöhung eingeplant, dennoch gehört diese Frage aber für die Folgejahre auf die Tagesordnung. Dazu aber später mehr.

Kommen wir nun als erstes zur Entwicklung in diesem Jahr:

Gestartet sind wir in das Jahr 2020 mit einem geplanten Defizit in Höhe von 4,9 Mio. Euro. Unter Hinzurechnung der Haushaltsreste aus 2019 belief sich das Defizit dann auf 6,4 Mio. Euro. Und nachdem wir dann frohen Mutes in das Jahr starteten, kam im März der Einschlag durch die Corona-Pandemie. Dass wir die Schulen, Kitas, Rathäuser und Nebenstellen der Verwaltung zunächst schlossen, Veranstaltungen absagen mussten, Gremientätigkeit sich neu finden musste, muss ich an dieser Stelle nicht näher ausführen. Mitarbeiter wurden in Homeoffice geschickt, Schichtdienst wurde eingeführt, persönliche Kontakte auf ein Minimum reduziert, Meetings in der Regel als Videokonferenz durchgeführt. Das alles, um die Arbeitsfähigkeit der Stadtverwaltung zu erhalten.

Und das ist uns aus meiner Sicht hervorragend gelungen. Ich möchte an dieser Stelle meinen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, aber auch ihrer Töchter aussprechen, dass sie flexibel reagiert und agiert haben. So ist es uns gelungen, die ganze Zeit „vor der Lage“ zu sein und gleichzeitig den Service für unsere Bürgerinnen und Bürger so gut wie möglich aufrecht zu halten.

Vielen Dank!

Aber natürlich hat diese Krise auch finanzielle Auswirkungen. Ursprünglich erwartete Einnahmen konnten nicht erzielt werden. Ausgaben mussten umgeplant oder zusätzliche Ausgaben getätigt werden. Alleine das Aussetzen der Elternbeiträge in den KiTas hat bei der Stadt einen Einnahmeausfall von mehr als 500.000 Euro bedeutet. Natürlich will ich die getroffene Regelung damit nicht in Frage stellen.

Der größte Betrag der Corona-Folgen ist aber rückblickend der reduzierte Anteil an der Einkommenssteuer mit über 2,4 Mio. Euro.

Insgesamt beläuft sich der Corona-bedingte Schaden auf 4,3 Mio. Euro. Soviel sei schon jetzt gesagt: Dieser verschlechtert aber in 2020 nicht das Jahresergebnis. Hierzu später mehr.

Wenn ich den corona-bedingten Mehrbedarf außen vor lasse, haben wir allerdings eine Verbesserung im laufenden Haushalt von 3,2 Mio. Euro. Damit haben wir das anfängliche Defizit quasi halbiert. Einen hohen Anteil an diesen Verbesserungen – nämlich 900.000 Euro – haben die Pensionsrückstellungen aufgrund des Heubeck-Gutachtens. Die von Ihnen, die schon länger dabei sind wissen, dass das Heubeck-Gutachten die Rechenbasis ist, auf der die meisten Kommunen in NRW ihre Pensionsrückstellungen bilden. Das Er-

gebnis dieses Gutachtens ist jedes Jahr überraschend und kaum planbar. Die Einflüsse durch Zinsen, Todesfälle, Pensionseintritte etc. können von uns nicht prognostiziert werden, so dass es hier immer wieder mal zu Verbesserungen, aber auch zu Verschlechterungen kommen kann. Daher ist hier oft der größte Veränderungsposten im laufenden Jahr.

Aber auch im Finanzbereich gab es Verbesserungen in Höhe von rund 750.000 Euro durch z.B. höhere Schlüsselzuweisungen.

Insgesamt spielen eine Vielzahl von Einzelpositionen eine Rolle für die Verbesserung im laufenden Jahr.

An dieser Stelle möchte ich schon einmal auf die Gewerbesteuer des Jahres 2020 eingehen. Der Ansatz war mit 34 Mio. Euro recht mutig gewählt und nach der aktuellen Sollstellung sind wir hiervon nicht allzu weit entfernt. Wir liegen derzeit bei 32,7 Mio. Euro Sollstellung. Wie immer gilt: „Abgerechnet wird am Schluss“, und die weitere Entwicklung des Jahres ist abzuwarten. Allerdings können wir die Mindererträge auch in diesem Falle der Corona-Nebenrechnung zuschreiben, so dass die 34 Mio. Euro auf jeden Fall erreicht werden.

Wie gesagt – dazu später mehr.

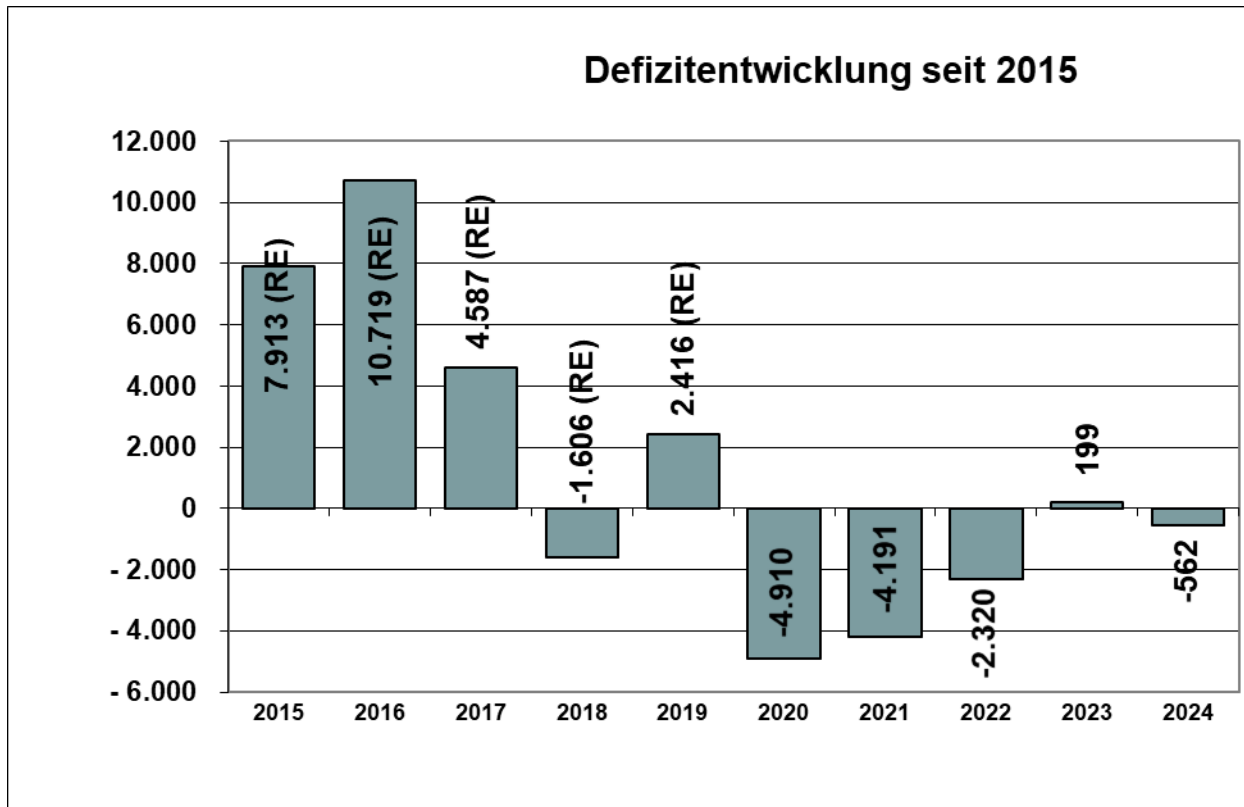
Soweit der Blick in das besondere Jahr 2020. Ich komme nun in die vorliegende Planung für 2021.

In den letzten beiden Jahren habe ich vier Kernaussagen aufgestellt, die so auch für 2021 gelten.

1. Der Haushalt sieht im 12. Jahr nacheinander kein Haushaltssicherungskonzept vor.
2. Die Realsteuerhebesätze bleiben unverändert. Aber dieser Punkt muss meiner Ansicht nach, wie erwähnt, auf die Agenda.
3. Der Entwurf geht leider erneut von einem Defizit aus.
4. Der Entwurf enthält erneut ein Investitionsprogramm, welches unsere Stadt noch attraktiver für ihre Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die vielen Besucher, macht.

Selbstverständlich führe ich später zu diesen einzelnen Punkten ausführlicher aus, wie die Entwicklung sich darstellt.

Sehr geehrte Damen und Herren, der heute vorgelegte Entwurf sieht ein Defizit in Höhe von 4.191.445 Euro vor. Es liegt somit rund 720.000 Euro unterhalb des Defizites aus dem letzten Haushalt. Gegenüber der Prognose in der Finanzplanung aus dem laufenden Jahr für den Haushalt 2021 ist es eine Verschlechterung in Höhe von 770.000 Euro.



Isolierungsgesetz den Kommunen die Möglichkeit gegeben hat, die Corona-bedingten Verschlechterungen der Haushalte 2020 bis 2023 in eine sogenannte Nebenrechnung aufzunehmen. Rein praktisch wird bei jedem Einnahmeausfall oder bei jeder zusätzlichen Ausgabe geprüft, ob der Grund hierfür bei der Corona-Pandemie zu suchen ist. Wenn dieses der Fall ist, dann wird diese Verschlechterung nicht dem laufenden Haushalt zugerechnet, sondern in die Nebenrechnung aufgenommen. Und die Summe der Nebenrechnung kann dann ab 2025 über einen Zeitraum von bis zu 50 Jahren abgeschrieben werden.

Aber – natürlich fällt der Aufwand an und muss finanziert werden. Und natürlich kann das nur über Liquiditätskredite geschehen. Auch wenn diese Buchungsmöglichkeit den Städten und Gemeinden in NRW die Handlungsfähigkeit erhält, so wäre eine tatsächlich auskömmliche finanzielle Unterstützung deutlich hilfreicher gewesen.

Und damit Sie mal ein Gespür über die Höhe der Belastung für die Jahre 2020 bis 2023 erhalten, hier einmal die Beträge nach jetzigem Stand:

2020	4,3 Mio. Euro
2021	4,2 Mio. Euro
2022	3,9 Mio. Euro
2023	4,0 Mio. Euro
In der Summe:	16,4 Mio. Euro

für die weitere Liquidität erforderlich ist. Und das sind die Beträge, wie sie sich aktuell darstellen.

Aber – wenn es diese Nebenrechnung nicht gäbe, dann wäre nicht auszuschließen, dass wir schon heute ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssten, da unsere Ausgleichsrücklage, die mit 24 Mio. Euro unter Berücksichtigung des Abschlusses 2019 wieder gut gefüllt ist, innerhalb nur weniger Jahre aufgebraucht wäre.

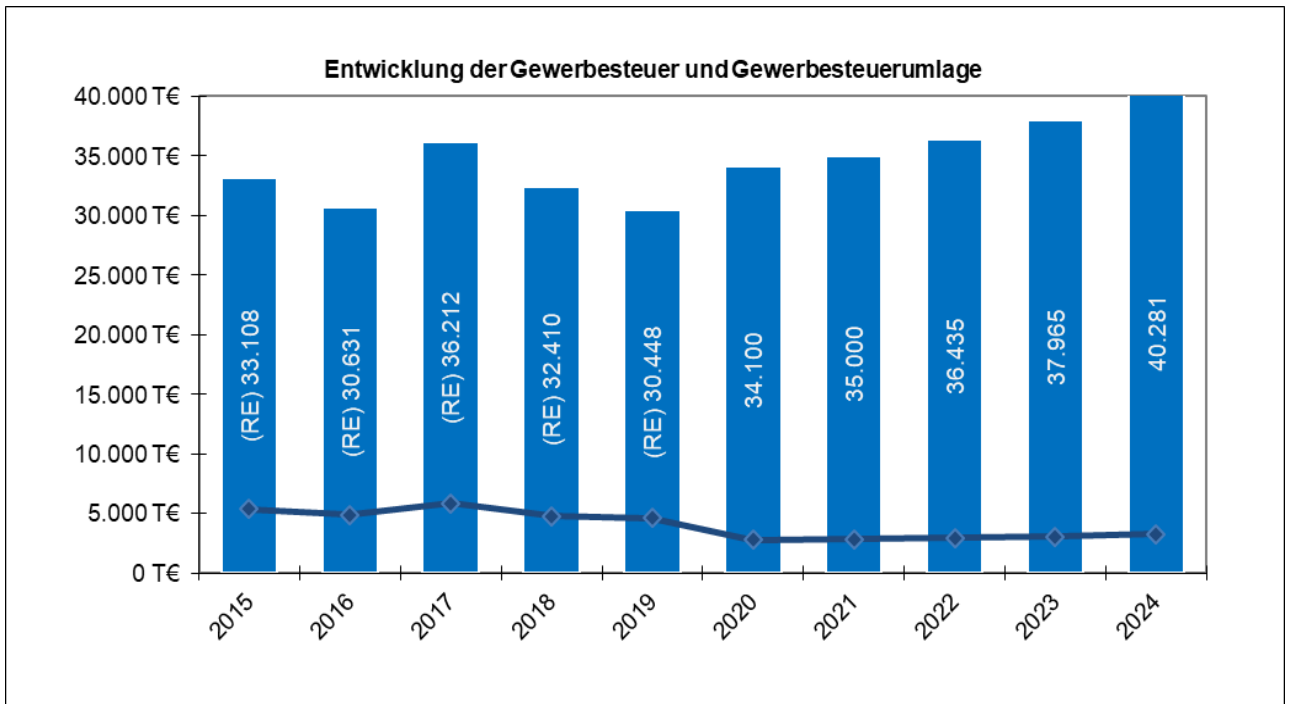
Was eine Haushaltssicherung bedeutet, darauf möchte ich insbesondere in die Richtung der neuen Ratsmitglieder hindeuten: Jede Aufgabe, zu der wir nicht gesetzlich oder vertraglich verpflichtet sind, muss sich eine Haushaltssicherungskommune von der Kommunalaufsicht genehmigen lassen. Dies müssen wir vermeiden, gerade unter dem Gesichtspunkt, dass Soest klimaneutral werden soll. Klimaneutralität ist keine gesetzliche Verpflichtung. Wir haben uns dieses Ziel selber gesetzt und wir benötigen für die entsprechenden Maßnahmen einen selbstbestimmten Haushalt.

Insofern ist es hilfreich, dass das Land die Möglichkeit der Corona-Nebenrechnung eröffnet hat und wir den Haushalt 2021 bei der Kommunalaufsicht erneut nur anzeigen müssen.

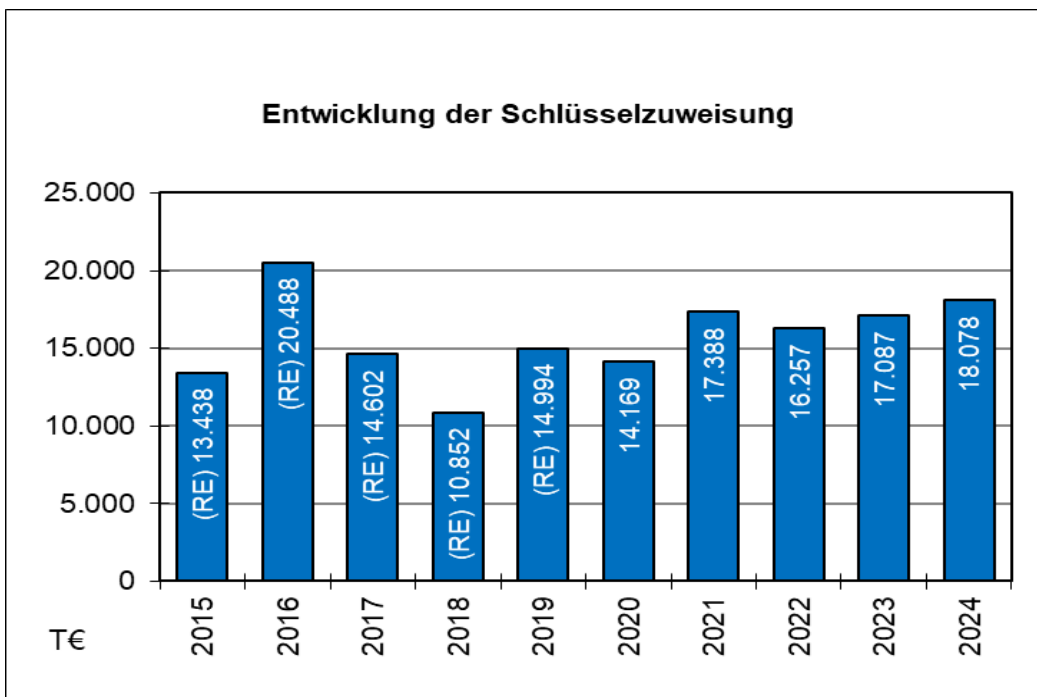
Soweit meine Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Ich denke aber, dass ich an der einen oder anderen Stelle hierauf noch zurückkommen werde.

Nun zu den Eckpunkten des Haushalts 2021. Basis für die Planungen bei der Gewerbesteuer, aber auch bei den Schlüsselzuweisungen und den Anteilen an der Einkommenssteuer sind die 1. Modellrechnung des Landes für das kommende Jahr und die Orientierungsdaten (OD-Daten), welche das Land den Kommunen zur Verfügung stellt. Diese waren auch in den letzten Jahren immer Grundlage unserer Planungen.

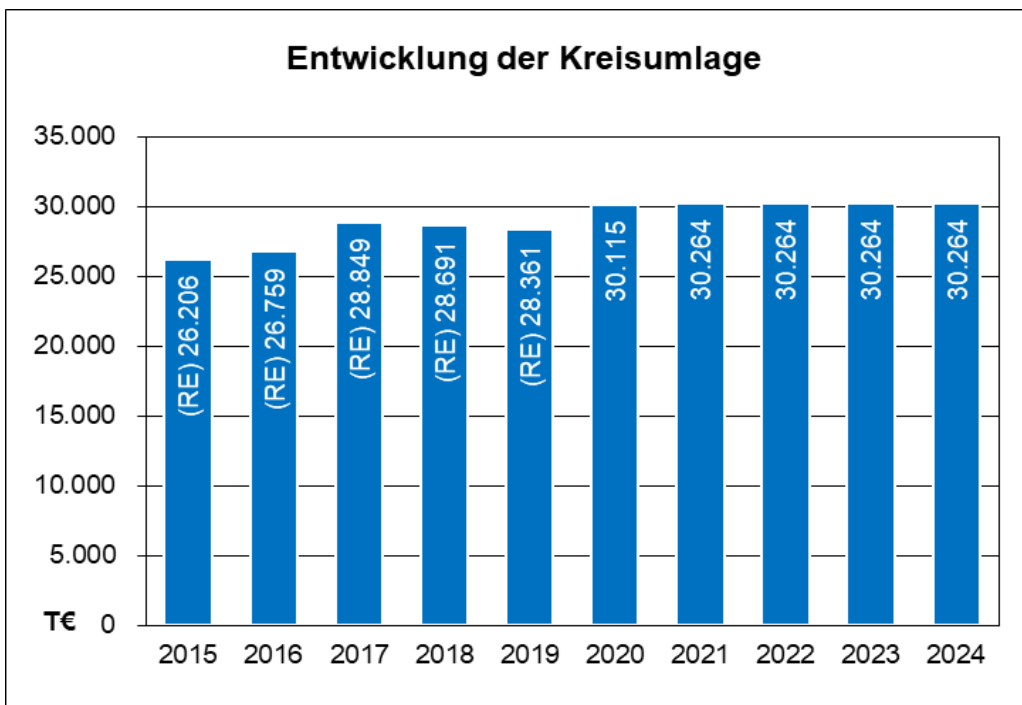
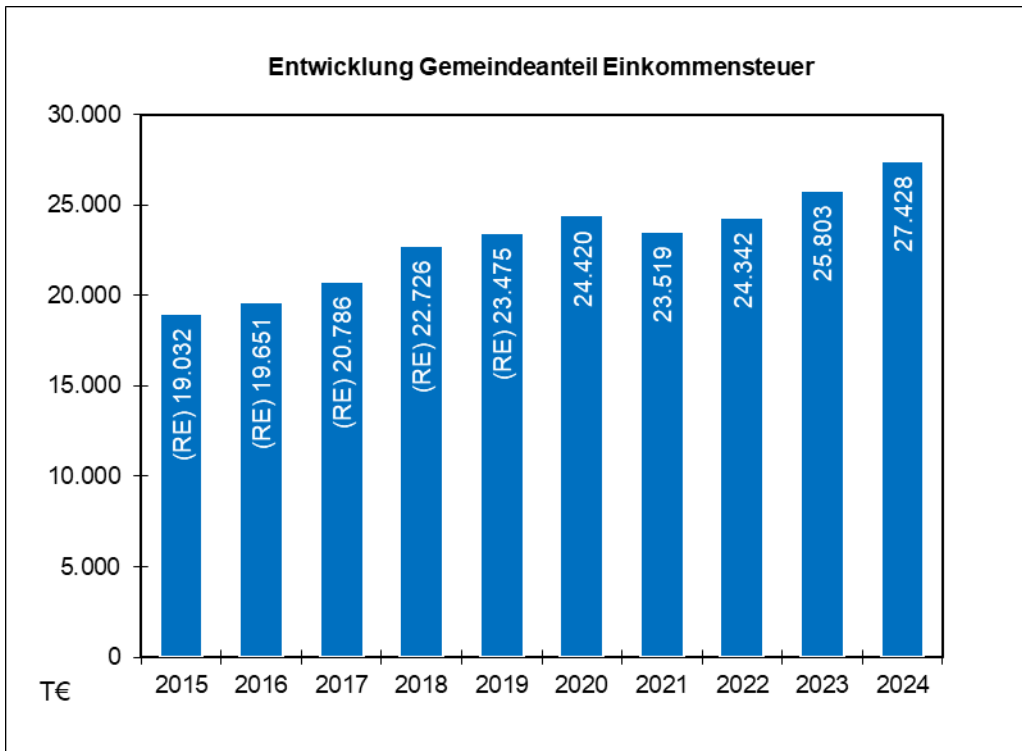
Bei der Gewerbesteuer habe ich schon dargestellt, dass das laufende Jahr durchaus positiv bei der Sollstellung ist, so dass die geplanten 34 Mio. Euro erreicht werden könnten. Da das Land – trotz Corona – von einer weiterhin leicht positiven Entwicklung ausgeht, haben wir unter Berücksichtigung der OD-Daten einen Ansatz in Höhe von 35 Mio. Euro gewählt. Natürlich ist es zum Erreichen dieses Betrages wichtig, dass wir rund um das Gewerbegebiet Wasserfuhr Firmen ansiedeln, die möglichst von außerhalb kommen und Arbeitsplätze schaffen. Als Wirtschaftsförderer arbeite ich zusammen mit meinem Team hieran intensiv.



Landes für 2021 rund 17,4 Mio. Euro. Dieser Betrag liegt mehr als 3 Mio. Euro über der Zahlung des Jahres 2020.

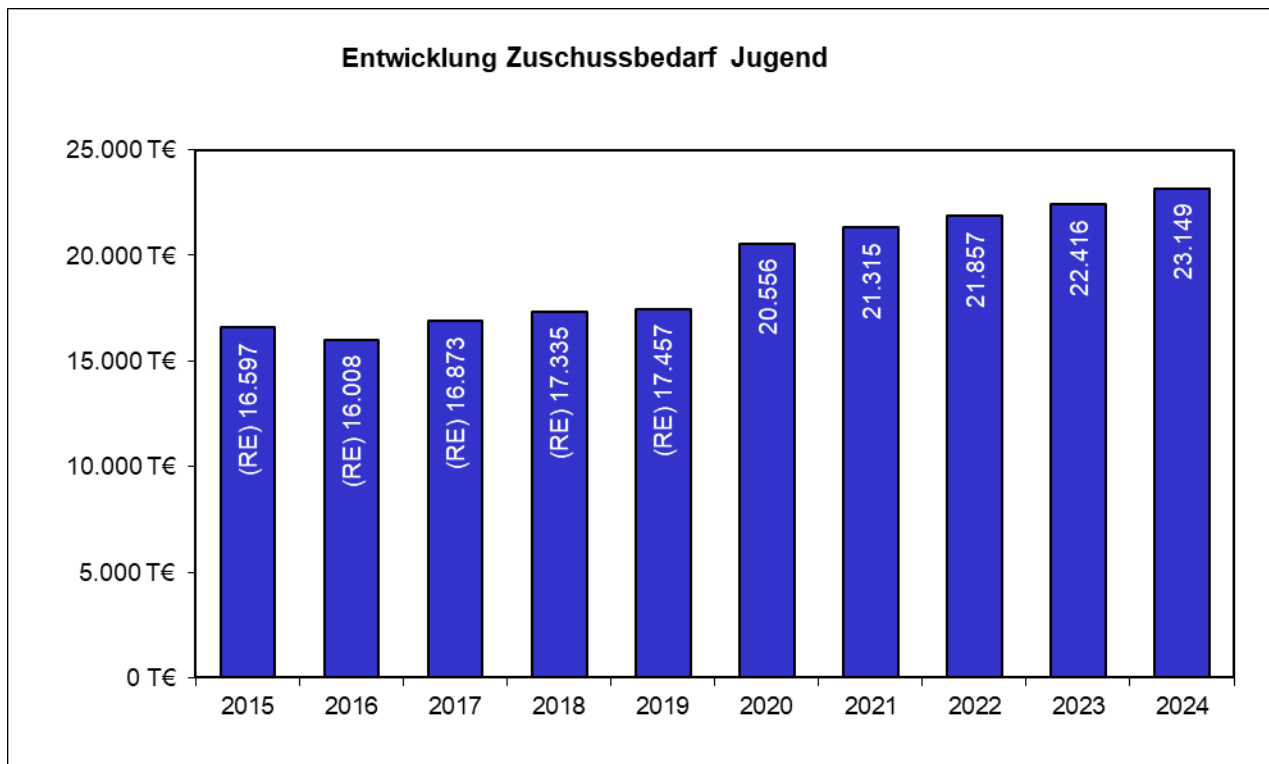


Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer fällt allerdings gegenüber 2020 rund 900.000 Euro geringer aus.



Bei der Kreisumlage gehen wir von einer leichten Steigerung unseres Zahlbetrages aus. Dieser Betrag in Höhe von 30,26 Mio. Euro liegt rund 150.000 Euro oberhalb der Planungen für 2020. Auch der Kreis kann die schon erwähnte Nebenrechnung nutzen und hat

Corona-Hilfen erhalten, wie z.B. die Übernahme von weiteren 25 % der Kosten der Unterkunft im SGB II.



der Bereich Jugend steht immer unter einem besonderen Fokus, da es einer der größten Ausgabeposten in unserem Haushalt ist. Leider sind hier weitere Steigerungen der Aufwendungen unvermeidbar. Dieses liegt insbesondere an dem Bereich „Förderung von Kindern in Tagesbetreuung“. Jede Kindertagesstätte, die zusätzlich errichtet wird, schlägt sich mit einem Betrag von 300.000 bis 500.000 Euro zusätzlich im städtischen Haushalt nieder. Und aktuell bauen wir die dritte zusätzliche KiTa innerhalb von drei Jahren. Aber wir wissen auch, dass uns die Betreuung der Kinder wichtig ist. Und dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

Der Bereich „Hilfen für junge Menschen“ bleibt dem gegenüber z. B. unterhalb des Plansatzes aus 2020.

Komme ich nun zum Bereich Personal und zu einem wieder umfänglichen Thema:

Die Personalkosten sollen nach den derzeitigen Planungen um 2 Mio. Euro steigen. Ausschlaggebend hierfür sind – neben Besoldungs- und Tarifsteigerungen, die bereits für das kommende Jahr feststehen – ein erforderlicher Personalzuwachs.

Wie der Bürgermeister in der letzten Sitzung ausführte, ist ein besonderer Schwerpunkt der kommenden Jahre, Soest zu einer klimaneutralen Smart-City zu machen. Dieses geht nicht, ohne die Aufgabe mit geeignetem Personal zu unterfüttern.



Insgesamt sind im Entwurf des Stellenplanes für die Geschäftsstelle Klimaschutz 3,5 zusätzliche Stellen vorgesehen. Nur so können wir es schaffen, die Klimaneutralität als Gesamtaufgabe zu erreichen. Zudem erhalten wir eine Förderung von 85% bzw. rund 180.000 Euro für die Einrichtung dieser Stellen, die die Kosten zum Teil kompensiert.

Ein Bestandteil zur Schaffung einer klimaneutralen Smart-City ist die Durchführung des entsprechenden Bundesprogramms, an dem wir uns erfolgreich beteiligt haben. Und dabei ist der Smart-City-Prozess die Weiterentwicklung unseres strategischen Zukunftsprogrammes, welches seit 2003 eine Basis für unser Handeln bildet. Auch hierfür ist die Verortung von 1,5 Stellen im Stellenplan erforderlich. Und auch hier gibt es eine Förderung der Personalkosten in Höhe von 65 % bzw. knapp 50.000 Euro.

Bereits in den letzten beiden Jahren haben wir für die Umsetzung des Medienentwicklungsplanes und dadurch für die Betreuung unserer Schulen zusätzliche Stellen eingerichtet. Wie richtig und wichtig das war, haben wir während des ersten Lockdown im Frühjahr gesehen. Nun geht es an den letzten Schritt zur personellen Ausstattung nach dem vom Rat beschlossenen Medienentwicklungsplanes und der Einrichtung einer weiteren Stelle in der IT für unsere Schulen.

Ich bleibe beim Thema Schulen. Nachdem nunmehr das Land die dauerhafte Förderung der eingerichteten Schulsozialarbeit zugesagt hat, ist vorgesehen, die beiden letzten befristeten Halbtagskräfte zu entfristen und hierfür eine Stelle einzurichten.

Darüber hinaus gibt es eine neue gesetzliche Aufgabe rund um die Kindertagesstätten. Hier ist es erforderlich, dass die Stadt eine Fachberatung für die KiTas einrichtet. Auch dieses ist mit einer halben Stelle vorgesehen.

Weiterhin ist es aus unserer Sicht unabdingbar, dass wir im Allgemeinen Sozialdienst eine halbe Stelle für die Betreuung der ZUE einrichten, die Anfang des kommenden Jahres an den Start gehen soll. Auch dieses ist entsprechend abgebildet.

Die Feuerwehr leistet für unser Gemeinwohl eine der wichtigsten Aufgaben – und das bisher mit überwiegend freiwilligen Kräften. Der Haushalt sieht allerdings für diesen Bereich eine halbe Stelle zusätzlich vor, um die ehrenamtlichen Feuerwehrfrauen und -Männer möglichst zu unterstützen.

In diesem Jahr gab es ein Stellenbemessungsverfahren in der Abteilung Ordnung, Bereich Verkehrslenkung. In diesem durchaus üblichen Verfahren wurde festgestellt, dass eine weitere Personalkapazität erforderlich ist, um die Aufgabe vollumfänglich und in vertretbarer Zeit zu erledigen. Dieses ist im Stellenplan abgebildet.

Und letztlich soll eine Stelle von der KBS zur Stadt verlagert werden, die keine zusätzlichen Kosten, sondern nur eine Kostenverlagerung auslöst.

Summa summarum sieht der Stellenplan 10,5 zusätzliche Stellen brutto, unter Berücksichtigung der Verlagerung der Stelle von der KBS zur Stadt, 9,5 vor. Mir ist bewusst, dass das ein ganz schöner „Schluck aus der Pulle“ ist. Aber ich hoffe, dass ich Ihnen deutlich gemacht habe, warum es aus unserer Sicht erforderlich ist.

Ich möchte an dieser Stelle etwas zu den Realsteuersätzen ausführen, die ich im Plan auf der bisherigen Basis fortgeschrieben habe. Ich tue dies, weil aktuell die Gemeindeprüfungsanstalt die Stadt Soest prüft und dieses Ergebnis abgewartet werden soll. Natürlich erhoffe ich mir aus dem Gutachten Hinweise darauf, wo ggf. Aufwand reduziert oder Ertrag erhöht werden kann, um so dauerhaft an dieser Stelle einen ausgeglichenen Haushalt vorstellen zu können.

Weiterhin wäre es m.E. ein schlechtes Signal, wenn wir in der bestehenden Krise die Hebesätze erhöhen würden.

Doch es gehört auch zur Generationengerechtigkeit, dass anfallende Kosten von derjenigen Generation getragen werden, die sie auslösen und davon profitiert. Das ist aus meiner Sicht ein untrennbarer Bestandteil auch bei dem Thema Klimaneutralität. Und wie eben schon dargestellt, haben wir z.B. durch neue KiTas deutlich zusätzlichen Aufwand, der eben nicht kompensiert werden kann.

Zur Einordnung des Themas Realsteuern möchte ich einmal den Vergleich zu den Durchschnittssätzen der Realsteuern aller Städte und Gemeinden im Kreis Soest ziehen:

	Soest	Kreisdurchschnitt	zusätzlicher Ertrag
Grundsteuer A	240	320	53.000 Euro
Grundsteuer B	475	545	1.217.000 Euro
Gewerbsteuer	430	440	823.000 Euro

Würden sich unsere Realsteuersätze nur auf Kreisschnitt belaufen, hätten wir einen Mehrertrag in Höhe von 2,1 Mio. Euro pro Haushaltsjahr.

Wie gesagt, in diesem Jahr ist eine Erhöhung der Hebesätze meines Erachtens noch nicht auf der Agenda, aber dem Thema müssen wir uns zeitnah zuwenden.

Nun komme ich zu unseren Töchtern und der dortigen Entwicklung.

Bei der KBS und ZGW haben wir jeweils Zuwächse in den Zahlungen. Die WMS soll Corona-bedingt rund 238.000 Euro mehr erhalten, welche wir aber in die schon erwähnte Nebenrechnung aufnehmen können, und für die Stadtwerke sind keine Ausschüttungen geplant.

Eine Ausschüttung der KBS ist mit 1,5 Mio. Euro vorgesehen.

Meine Damen und Herren,  
Eingangs hatte ich ausgeführt, dass ich heute gerne die Punkte aufgreifen möchte, die der Bürgermeister am 04.11.2020 hier im Rat ins Zentrum gestellt hat.

Zu den finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise habe ich bereits etwas gesagt. Darauf möchte ich jetzt nicht noch weiter eingehen.

Auch auf die personellen Konsequenzen, um Soest zu einer klimaneutralen Smart-City zu entwickeln, bin ich schon eingegangen.

Aber mit Sicherheit interessiert sie, was konkret für Klimaschutzmaßnahmen nun in diesem Haushalt verortet sind. So sind natürlich eine Vielzahl von mittelfristigen und Jahreszielen aufgenommen. Alle kann ich an dieser Stelle gar nicht nennen. Aber einige Beispiele möchte ich gerne darstellen:

So sollen erste Maßnahmen des Masterplan Klimapakt, des European Energy Award und des European Climate Adaption Award umgesetzt sein. Der Bördetag soll, wenn er im kommenden Jahr möglich ist, unter dem Schwerpunkt „Klimaschutz“ stehen. Bestehende Förderprogramme wie z.B. für Lastenräder sollen fortgesetzt oder auch neue Förderprogramme für Dach- und Fassadenbegrünung aufgelegt werden. Dieses sind wirklich nur ganz wenige Beispiele. Insgesamt haben wir in diesem Teilplan aber dafür über 450.000 Euro vorgesehen.

Der Bereich Verkehr schlägt eine Erweiterung des Anrufsammeltaxis und die Ausweitung des Stadtbusses vor. Aber auch die weitere Anbindung der Ortsteile, die Fortführung der Buslinie 644 und des Soesttickets sind angedacht und finanziell verortet. Die Installation von Dialogdisplays an der Walburger Straße, der Bau der WLE-Radtrasse, das Klima betreffende Maßnahmen aus dem Verkehrsentwicklungsplans stehen im Entwurf und vieles mehr.

Die Volkshochschule wird den bereits begonnenen Weg der Durchführung von Bildungsangeboten mit dem Schwerpunkt „Klimaneutralität“ fortsetzen und die durch die Digitale Modellregion ermöglichte „Bürger-Wolke“ wird intensiv begleitet.

Der Kommunalbetrieb möchte eine Elektro-Kehrmaschine und weitere E-Bikes anschaffen und im Bereich unseres Hochbaus wird bereits seit Jahren bei jeder Sanierung von Gebäuden auf die entsprechenden energetischen Auswirkungen Rücksicht genommen und versucht, das jeweilige Optimum zu erreichen.

Auch unsere Töchter nehmen sich des Themas an. So haben die Stadtwerke fast 290.000 Euro für das Thema „100% Öko-Strom und klimaneutrales Erdgas für alle Haushalts- und Kleingewerbekunden“ berücksichtigt. Investiv sollen 6,2 Mio. Euro in z.B. PV-Anlagen, Wärmeanlagen oder E-Ladesäulen umgesetzt werden.

Die WMS hat zunächst 10.000 Euro für Klimamaßnahmen veranschlagt. Hierbei geht es insbesondere um Beratungsangebote, aber auch die grundsätzliche Möglichkeit, im kommenden Jahr tätig zu werden.

Sie sehen, das Thema spielt eine große Rolle im kommenden Jahr und die Gesamtsummen aller Maßnahmen in Höhe von mehr als 13 Mio. Euro ist doch wirklich herausragend. Wohl wissend, dass hier natürlich auch einige „sowieso-Punkte“ Berücksichtigung finden. Aber wir sind ja auch nicht erst in diesem Jahr mit dem Thema „Klimaschutz“ angefangen. Ich wiederhole es noch einmal: Wir planen 13 Mio. Euro für Klimaschutzmaßnahmen auszugeben.

Komme ich nun zu dem dritten Punkt: Zur Zukunftsfähigkeit des Klinikums und den Auswirkungen für den Haushalt der Stadt. Das Sanierungskonzept sieht eine Einlage des Gesellschafters Stadt Soest in das Eigenkapital des Klinikums in Höhe von 9 Mio. Euro vor. Mit den bereits im Vorfeld geleisteten Gesellschafterdarlehn in Höhe von 6,75 Mio. Euro beläuft sich die Gesamtunterstützung des Hauses auf nahezu 16 Mio. Euro. Und dieser Betrag erhöht unsere Verschuldung, da wir hierfür entsprechende Investitionskredite aufnehmen mussten.

Wenn wir also in den nächsten Wochen und Monaten über die Verschuldung der Stadt sprechen, dann sollten wir immer im Blick haben, dass wir zu einem nicht unerheblichen Teil das Klinikum damit gestützt haben.

Aber natürlich ist das Klinikum für die Entwicklung unserer Stadt ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil. Ein gutes medizinisches Angebot vor Ort für alle Generationen ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Bei aller Belastung für die Finanzen dieser Stadt.

Meine Damen und Herren, die ZUE in der Kanaal von Wessem Kaserne im Soester Süden ist auf der Zielgeraden. Die Bezirksregierung rechnet mit einer Inbetriebnahme am 15. Februar des kommenden Jahres. Auf dieses absehbare Ereignis haben wir mit dem Bau des Stadtteilhauses reagiert. Das Stadtteilhaus ist ein wichtiger Baustein, um ein Nebeneinander- und Zusammenleben von Menschen in dieser Stadt und den geflüchteten Menschen möglich zu machen. Ein weiterer Baustein ist die personelle Konsequenz, die ich vorhin dargestellt habe. Es bleibt zu beobachten, wie dieses Miteinander im Stadtteil gelingt und inwiefern wir flexibel nachsteuern müssen.

Bevor ich gleich noch mal einen kurzen Blick auf die weiteren Investitionen werfe, möchte ich an dieser Stelle auf das Digitale Lern- und Arbeitszentrum Soest – kurz DiLAS – zu sprechen kommen.

DiLAS steht stellvertretend für den Ortswechsel der VHS von der Nöttenstraße an den Bahnhof und für die Möglichkeit, die VHS erstmals barrierefrei und damit zugänglich für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt und Region zu machen.

DiLAS steht auch für den Standortwechsel der Stadtwerke vom Aldegrewerwall mit all seinen Chancen für unsere Stadt.

Und DiLAS steht für die einmalige Gelegenheit, um eine Entwicklung des Strabag-Geländes und dieses Teils des Soester Nordens überhaupt möglich zu machen. Denn nur mit einem funktionierenden Lärmschutz zwischen den Bahnlinien und dem Fläche rund um das ehemalige Fabrikgelände ist hier Wohnbebauung denkbar.

Und wenn wir dann die Einrichtung von VHS und DiLAS sogar noch mit 60 % gefördert bekämen, dann können wir dieses auch tatsächlich umsetzen. Im Haushalt finden Sie für diese beiden Bereiche den Förderzuschuss als Einnahme verzeichnet, sowie die Weiterleitung dieses Betrages zzgl. des 10%-en Eigenanteils verortet. Drücken Sie uns die Daumen, dass wir die Förderung auch tatsächlich erreichen.

Der Antrag zum 3. Stern für DiLAS wird in der kommenden Sitzung zu beraten sein. Damit hätten wir unsere Aufgaben erfüllt und glauben Sie mir, wir arbeiten zurzeit noch mit Hochdruck hieran.

Ich komme nun zum Thema „Investitionen“ und betrachte hier – wie immer – Stadt und ZGW gemeinsam. Hier im Haushalt ist natürlich nur der städtische Anteil abgebildet. Dennoch ist die Gesamtbetrachtung aus meiner Sicht zielführend. Leider muss ich Ihnen sowohl für das kommende, als auch für die Folgejahre eine Nettoneuverschuldung vorschlagen. In einem intensiven Prozess haben wir uns alle geplanten Projekte angesehen und stellen fest, dass zur Entwicklung der Stadt viele Dinge erforderlich sind und dafür Geld aufgewendet werden muss. Das gilt sowohl im Bereich der Klimaanpassung, als auch für das Klinikum oder DiLAS.

Im Schulbereich soll – neben der bereits durch den Medienentwicklungsplan beschlossenen Ausstattung der Schulen – die Petrischule im kommenden Jahr in den besonderen Fokus gestellt werden. 2018 hat der Rat der Stadt den Schulentwicklungsplan beschlossen. Hierin wird festgestellt, dass wir die Petrischule insbesondere im Bereich der Betreuung baulich erweitern müssen. Insofern haben wir rund 960.000 Euro für das kommende Jahr an dieser Stelle vorgesehen. In 2022 kommen noch einmal mehr als 1,7 Mio. Euro hinzu.

Die Erweiterung der Hellweggrundschule steht dann für 2022 auf der Liste. Im Anschluss werden die nach Schulentwicklungsplan erforderlichen baulichen Anpassungen beim Wechsel von G8 auf G9 an unseren Gymnasien vorgenommen.

Auch die Sekundarschule findet sich im Plan 2021 wieder, ist aber mit dem 7. Bauabschnitt auf der Zielgeraden. Aufzüge an den Gebäuden Troyesweg und Müllingser Weg sind vorgesehen, so dass sich die Schule in einem hervorragenden Zustand befindet und beste Möglichkeiten für unsere Schülerinnen und Schüler bietet. Die Kosten sind für 2021 und 2022 mit insgesamt knapp 1,1 Mio. € eingeplant.

Bei der Umsetzung des bereits benannten Medienentwicklungsplans werden die Maßnahmen im Archi- und Aldegrevergymnasium vorgenommen. Auch hierfür sind rund 950.000 Euro vorgesehen. Im Gegenzug sind aber 420.000 Euro an Förderung berücksichtigt.

Alleine diese 3 Beispiele zeigen, dass die Schulpauschale, die insgesamt für Stadt und ZGW zusammen rund 1,9 Mio. Euro beträgt, nicht ausreicht, um die erforderlichen Baumaßnahmen gegenzufinanzieren.

Auch die Feuerwehr ist regelmäßig im Blick. Für den 2. Bauabschnitt am Florianweg sind 300.000 Euro eingeplant. Darüber hinaus sind mehr als 1,1 Mio. Euro für die Anschaffung eines Fahrzeuges und für Ausstattung im Plan zu finden.

Der Ausbau der städtischen Sportanlagen ist natürlich berücksichtigt. Die im Förderantrag vorgesehenen Mittel für den Ausbau des Jahnstadions sind im Haushalt vorgesehen. Nunmehr ist klar, dass wir für das Jahr 2021 nicht zum Zuge kommen. Dennoch lassen wir unseren Förderantrag Aufrecht bestehen, um so zumindest für 2022 – dann mit 90 % - eine Chance zu haben.

Sowohl die weitere Umsetzung des Wallentwicklungskonzeptes hat Berücksichtigung gefunden, als auch der Eigenanteil für den Breitbandausbau in den Ortsteilen.

Insgesamt belaufen sich die Investitionen der Stadt auf 17,1 Mio. Euro. Davon werden 9,2 Mio. Euro durch Drittmittel (Förderung, Beiträge, pauschale Landeszuweisungen etc.) getragen. Netto beträgt die Investitionstätigkeit der Stadt 7,9 Mio. Euro.

Bei der ZGW ist das Gesamtinvestitionsaufkommen knapp 6,3 Mio. Euro. Zieht man auch hier die Beiträge Dritter ab, verbleiben 3,4 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung der Kreditilgung von Stadt und ZGW ist eine Nettoneuverschuldung von rund 6,8 Mio. Euro erforderlich. Das ist tatsächlich eine Erhöhung der Investitionsschulden, wie wir es, mit

Ausnahme der erforderlichen Maßnahmen für das Klinikum, schon lange nicht mehr hatten.

Allerdings sind dieses wirklich unerlässliche Investitionen, um die Chancen zur Entwicklung unserer Stadt zu ergreifen. Mir ist bewusst, dass es für Sie keine leichte Entscheidung wird.

Meine Damen und Herren,

wie immer am Schluss werfe ich einen kurzen Blick in die Finanzplanung.

Aufgrund der Tatsache, dass wir die Corona-bedingten Verschlechterungen in die Nebenrechnung geben können, habe ich für den Haushalt 2022 eine leichte Verbesserung gegenüber der Finanzplanung. Im Haushalt 2023 hätte ich derzeit sogar einen Überschuss. Aber für die Finanzplanung gilt, dass sie maximal ein Anhaltspunkt für die weitere Entwicklung sein kann. Gerade das laufende Jahr zeigt uns, dass heute noch niemand sagen kann, was in 12 Monaten ist und welches Zahlenwerk ich Ihnen dann vorstellen darf.

Meine Damen und Herren des Rates, ich komme jetzt zum Ende meiner diesjährigen Haushaltsrede und übergebe Ihnen nun den Entwurf für die weiteren Beratungen - zunächst in Ihren Fraktionen, dann in den Fachausschüssen und abschließend am 24.02. hier im Rat. Wie schon in den letzten Jahren wünsche ich Ihnen und uns konstruktive und zielführende Gespräche und bin auf die anregenden Diskussionen gespannt.

Abschließend möchte ich den Kolleginnen und Kollegen der Finanzabteilung unter der Leitung von Herr Meyer, den Damen Thiergarten und Düllberg und den Herren Gösmann und Wenner danken. Mein ausdrücklicher Dank gilt insbesondere auch Herrn Arens, der nach dem Weggang von Frau Wennemers die Gesamtkoordination für die Aufstellung des Haushaltes übernommen hat und die Fäden an der Stelle in den letzten Wochen und Monaten hervorragend zusammengehalten hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.